

Parteien auf dem Prüfstand

Wahlprüfsteine des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e.V., des Familienbundes im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e.V., der Katholischen Arbeitnehmerbewegung im Bistum Magdeburg, der Katholischen Elternschaft im Bistum Magdeburg, der Katholischen Erwachsenenbildung für das Land Sachsen-Anhalt e.V. und der Katholischen Frauengemeinschaft im Bistum Magdeburg und zur Bundestagswahl 2009



Magdeburg, im August 2009

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

politisch haben wir 2009 wieder die Wahl. Zunächst einmal sind wir froh darüber. Angesichts zunehmender Globalisierung und angesichts der weltweiten Krisen fürchten wir um unsere Arbeit und sehen die Zukunftsperspektiven vieler Menschen, für die wir uns engagieren, in Gefahr.

Weil wir aber wissen, dass wir „durch das Tarifsysteem und das ganze Sozial- und Arbeitsrecht sowie durch unsere Demokratie **Teilhhaber**“ sind, wie es Reinhard Marx, Erzbischof von München und katholischer Sozialethiker, in seinem aktuellen Buch „Das Kapital“ formuliert, wenden wir uns heute an Sie und appellieren an ihre politische Verantwortung.

Wir engagieren uns als kirchliche Verbände, weil wir unseren Auftrag und unsere Kompetenz auch und „vor allem darin sehen, für das einzutreten, was dem solidarischen Ausgleich und zugleich dem Gemeinwohl dient“ - dass haben sich die Kirchen in ihrem gemeinsamen „Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage“ auferlegt.

Wir engagieren uns als katholische Christen um Gottes und der Menschen willen.

Die Menschen, für die wir uns engagieren, insbesondere die Benachteiligten und Bedürftigen, brauchen unsere Familienförderung, unsere Bildungsarbeit und unser caritatives Wirken.

Sie sind auf Mindestsicherung und Mindestausstattung, wirtschaftliche Spielräume, den Zugang zu öffentlichen Gütern und Partizipationsmöglichkeiten angewiesen

Neben unseren im Folgenden formulierten Detailfragen wünschen wir uns als freie Träger statt der in den letzten Jahren entstandenen vielfach ausschließlich wettbewerbsbasierten Projektförderung eine verlässliche und stete subsidiäre Unterstützung. Nur diese ermöglicht uns Selbstständigkeit und Kontinuität, um für die Menschen erreichbar und ansprechbar zu sein.

Mit unseren Wahlprüfsteinen möchten wir Ihnen Gelegenheit geben, sich zu den uns berührenden Themen zu äußern und so unseren Mitgliedern und den Menschen, die wir vertreten, Ihre politischen Ziele zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Brantzen
Diözesan-Caritasdirektor

Dr. Peter-Georg Albrecht
KEB-Vorsitzender

Dr. Reinhard Grütz
Geschäftsführer Familienbund

Annette Thaut
kfd-Sprecherin

Matthias Ullrich
KAB-Diözesanvorsitzender

Christoph Rink
KED-stellvertretender
Diözesanvorsitzender

Kinderfreibetrag und -geld

Familien sichern nicht nur den Fortbestand des Gemeinwesens, sie entlasten den Staat auch durch ihre familieninterne Solidarität und legen mit der Erziehung der Kinder den Grundstein für die Zukunft unserer Gesellschaft. Der Arbeitsmarkt entlohnt aber nicht danach, ob ein Einkommen für einen Einzelnen oder für einen Haushalt mit mehreren Personen reichen muss. Im Vergleich zu Kinderlosen haben Eltern deshalb einen deutlichen finanziellen Nachteil. Das Steuerrecht und die sozialstaatlichen Leistungen gleichen diese Nachteile für Familien allenfalls punktuell aus. Aus diesen Gründen fordern wir eine deutliche Erhöhung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes. Die zuletzt von der Bundesregierung beschlossenen Erhöhungen sind unzureichend. Wir wollen einen einheitlichen Steuerfreibetrag von Erwachsenen und Kindern in Höhe von 8000 Euro und ein Kindergeld in Höhe von 300 Euro. Das Kindergeld folgt der Erkenntnis, dass Familien durch Unterhaltsverpflichtungen für ihre Kinder erhebliche Mehrkosten gegenüber Kinderlosen tragen müssen. Während der Kinderfreibetrag auf die steuerliche Gleichbehandlung gegenüber Kinderlosen zielt, wurde das Kindergeld als staatliche Transferleistung zur teilweisen Abdeckung dieser Mehrkosten eingeführt. Mit dem Instrument eines Kindergeldes zielt der Sozialstaat auf die Einlösung seiner Verpflichtung aus Art. 6 Grundgesetz, Ehe und Familie in besonderer Weise zu schützen und zu fördern. Deshalb ist das Kindergeld keine beliebige Leistung des Staates, die er nach Gutdünken geben oder verweigern kann.

Wie stehen Sie zu einer Anhebung des Kinderfreibetrages und des -geldes in den von uns vorgetragenen Beträgen?

Welche Ziele verfolgen Sie, um die Lasten und Leistungen von Familien für Staat und Gesellschaft materiell besser auszugleichen?

Elterngeld und Anschlussleistung (Betreuungsgeld)

Wir freuen uns über die hohe Akzeptanz, die das Elterngeld bei Familien findet. Auch und gerade die steigende Nachfrage nach den Vätermonaten sind ein positives gesellschaftliches Signal. Wir vermissen aber die kritische Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass laut Statistischem Bundesamt fast die Hälfte der Familien (47 %) Elterngeld auf der Basis des Mindestbetrages von 300 Euro im Monat erhält und dass diese Familien die Verlierer der Umstellung vom Erziehungsgeld auf das Elterngeld sind. Die Negativbilanz dieser Änderung: Durch die Reduzierung der Bezugsdauer von 24 auf 12 bzw. 14 Monate haben viele dieser Familien im zweiten Lebensjahr des Kindes 3.600 Euro weniger in der Tasche.

Aus diesem Grund fordern wir eine Anschlussleistung an das Elterngeld in Form eines Betreuungsgeldes, das sich am Maßstab des früheren Erziehungsgeldes orientiert. Dieses Betreuungsgeld soll einkommensunabhängig und ohne Anrechnung auf andere Sozialtransfers an alle Eltern nach Ende des

Elterngeldbezuges bis zum dritten Geburtstag des Kindes gezahlt werden und monatlich 300 Euro betragen. Ein Betreuungsgeld für alle Eltern ist ein wichtiger Schritt in Richtung Wahlfreiheit, d.h. der eigenverantwortlichen Aufteilung von Familien- und Erwerbstätigkeit durch die Eltern.

Was ist Ihre Position zu unserer Forderung einer Anschlussleistung an das Elterngeld zur Sicherung von Wahlfreiheit für Familien auch nach dem ersten Lebensjahr des Kindes?

Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um die Wahlfreiheit von Eltern zu sichern?

Kinderarmut

Nach der Statistik EU-SILC sind 12 % der Kinder armutsgefährdet, nach anderen Datenbasen sogar deutliche mehr (OECD-Studie: 16%). In Deutschland gibt es 7,6 Millionen Hilfeempfänger. Jeder vierte ist ein Kind unter 15 Jahren. Die Entwicklungs- und Bildungschancen dieser Kinder sind oftmals gravierend schlecht. Insbesondere trifft dies Kinder mit Migrationshintergrund.

In Sachsen-Anhalt liegt die Stadt Halle/ Saale in der Statistik deutschlandweit am höchsten im Bereich der Kinderarmut.

Dies bedeutet unter anderem, dass nicht mehr alle Kinder täglich eine warme Mahlzeit erhalten, dass sie keine ausreichende Teilhabe am sozialen, kulturellen Leben haben können. Durch die fortschreitende Kommunalisierung werden Leistungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gestrichen, bzw. auf Kinder und deren Familien verlagert. Zu erwarten ist, dass auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise die Zahl armutsgefährdeter Kinder wächst.

Was werden Sie tun, um Familien so zu unterstützen, dass Kinder nicht zum Armutsrisiko werden?

Eine Erhöhung des Kindergeldes verbessert die wirtschaftliche Situation von Hartz-IV-Empfängern nicht, denn diese Mittel werden von ihren Leistungen abgezogen. Welche konkreten Hilfen wollen Sie entwickeln, die auch bei den Ärmsten ankommen? Wie stehen Sie zu einem eigenständig berechneten, am Bedarf von Kindern ausgerichteten Kinderregelsatz im Arbeitslosengeld II?

Bildung kostet Geld und die PISA-Studie macht deutlich, dass in Deutschland Bildung auch eine Frage des Einkommens ist. Wie wollen Sie Chancengleichheit fördern?

Nachhilfe, Musikschule, Sportverein – Kinder aus einkommensschwachen Familien können dies nicht nutzen. Wie werden Sie die soziale Teilhabe dieser Kinder verbessern? Welche Position vertreten Sie zum Ausbau von befähigenden Sachleistungen wie die kostenlose Nachhilfe oder den freien Eintritt bei Kulturveranstaltungen?

Geschlechtergerechte Entlohnung

In Anlehnung an den 2. deutschen "Equal Pay Day" mit dem Motto: "Entgeltgleichheit schaffen - Ursachen angehen" diesen Jahres möchten auch wir den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen einfordern.

Es ist ein Skandal, dass Frauen in Deutschland bei gleicher Arbeit im Schnitt immer noch 24 Prozent weniger verdienen als Männer. Eine der ältesten Forderungen der Frauenbewegung ist damit immer noch nicht annähernd gerecht umgesetzt.

Des Weiteren ist es notwendig, dass qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, die Frauen einen Aufstieg in höhere Positionen garantieren.

Ist es ein Ziel Ihrer Partei, die immer noch gravierenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen und welche politischen Instrumente wollen Sie dafür einsetzen?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Es ist wichtig, dass die sich unterschiedlich weiterentwickelnden Familienwelten wertgeschätzt werden und entsprechende politische und gesellschaftliche Fördermaßnahmen erhalten.

Daraus, ergibt sich die Notwendigkeit, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die von der Gesellschaft, der Politik und der Erwerbswelt einzufordern sind. Dazu gehören neben einer Geschlechtergerechtigkeit auch genügend Zeitressourcen, um Familienleben gestalten zu können.

Qualifizierte Wiedereinstiegsmodelle sollten Frauen und Männern schon während der aktiven Elternzeit eine Chance geben, regelmäßigen Kontakt zur Arbeitswelt zu halten.

Gesellschaftspolitisch notwendige Maßnahmen griffen allerdings zu kurz, wenn nicht auch in erheblichem Maß die Arbeitswelt tragfähige Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und zwar gleichwertig für Frauen und Männer – anbietet. Denn immer häufiger ist es notwendig, dass beide Partner zum Familienunterhalt beitragen. Auch dem Wunsch nach deutlich mehr Teilzeitstellen und flexiblen Arbeitszeitmodellen muss verstärkt Rechnung getragen werden.

In unserem Land fehlen Fachkräfte und Kinder. Wie wollen Sie gewährleisten, dass den Familien genügend Zeitressourcen, um Familienleben gestalten zu können gewährt wird und gleichzeitig qualifizierte Wiedereinstiegsmodelle ermöglicht sowie flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer mehr und mehr attraktiv werden?

Arbeitseinkommen, das Leben sichert – Mindestlohn

Rund zwölf Prozent aller Vollzeitbeschäftigten müssen in Deutschland für Löhne arbeiten, die schlecht oder gar nicht zum Leben reichen. Zunehmend weiten sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse aus, deren Kennzeichen u. a. Niedrig- und Armutslöhne sind. Auch Tarifverträge schützen keineswegs wirksam vor Niedrigeinkommen. So haben tarifliche Bindungen in den letzten Jahrzehnten stetig abgenommen. Es sind tariffreie Bereiche entstanden, weil Tarifverträge nicht erneuert werden konnten und systematisch unterlaufen werden. Es existiert in Deutschland kein tarifliche Mindeststandard der Lohnfestsetzung mehr. Selbst da, wo Tarifverträge bestehen, wird immer wieder unter Tarif bezahlt. Die effektiven Einkommen liegen so vor allem in den neuen Bundesländern oftmals deutlich unter dem Tariflohn. Weiterhin ist eine immer stärkere Differenzierung der unteren Einkommensgruppen zu beobachten. Das Lohnniveau rutscht immer weiter nach unten ab.

Der Niedriglohnbereich hat sich so in einem unverhältnismäßigen Ausmaß ausgeweitet. Es sind ganze Niedriglohnbranchen entstanden, in denen das Arbeitseinkommen den notwendigen Lebensunterhalt nicht mehr ausreichend sichern kann. Trotz Erwerbsarbeit ist so eine zunehmende Zahl von Menschen arm. Niedriglohn ist für eine zunehmende Zahl von Menschen ein Dauerzustand, der soziale Ausgrenzung bedeutet. Niedriglöhne sind für die Einkommensarmut von Familien verantwortlich. Faktisch führen sie zu einem Ausschluss dieser Familien von gesellschaftlicher, sozialer und politischer Teilhabe und Teilnahme.

Wir erkennen sehr wohl, unter welchem Wettbewerbsdruck viele Betriebe stehen. Ebenfalls bewusst ist uns, dass es unterschiedliche tarifpolitische wie strukturpolitische Maßnahmen geben muss, um diesem entgegenzuwirken und damit von in ihrer Existenz bedrohten Betriebe und Unternehmen wirtschaftlich zu sichern. Dazu gehören unter anderem Beschäftigungsmaßnahmen für insbesondere auch niedrigqualifizierte Menschen.

Eine Maßnahme in diesem Zusammenhang ist ein gesetzlich geregelten Brutto-Mindestlohn. Dieser kann weiteres Lohndumping verhindern. Es kann nicht sein, dass sich Betriebe durch schlecht bezahlte Erwerbsarbeit Wettbewerbsvorteile gegenüber solchen Betrieben verschaffen, die tarifvertragliche und existenzsichernde Löhne zahlen. Ein gesetzlich geregelter Mindestlohn kann dazu helfen, diese Wettbewerbsverzerrung und die Absenkung des Lohnniveaus auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verhindern.

Welche Rolle spielt für Sie ein gesetzlicher Mindestlohn?

Bildung für jeden Einzelnen

Von großer Bedeutung für die Zukunftssicherung unseres Landes ist die Schaffung einer Bildungslandschaft im föderalen System, die gewährleistet, dass für jede einzelne Person, die jeweils mit reichen und vielseitigen Anlagen beschenkt wurde, ein Klima in der Erziehung, Bildung und Ausbildung geschaffen wird, welches das Ziel verfolgt, kein einziges Kind zurückzulassen, gleich welcher sozialen Herkunft und gleich welcher Stärken und Schwächen.

Von dieser Zielstellung ist unser Land in vielen Bereichen noch weit entfernt.

Von daher müssten unter anderem folgende Punkte geändert und angepasst werden:

Familienbildungsangebote müssten bezogen auf Wertebildung, Stärkung/ Empowerment sozial schwacher Familien, Alleinerziehender und Familien in Krisensituationen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Dazu gehört nach unseren Maßstäben auch der Ausbau der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften, insbesondere Erzieherinnen und Lehrerinnen im Bereich „Familienbildung“, „Elternarbeit“, „individuelle ganzheitliche Förderung von Kindern und Jugendlichen“ und „Werteerziehung“

Dabei spielt die natürliche Erziehungspartnerschaft zwischen Fachkräften und Eltern, insbesondere sozial schwacher Eltern, in Kita und Regelschulen eine besondere Rolle.

Eine bessere Vernetzung zwischen kommunalen Bildungseinrichtungen und anderen relevanten kommunalen Akteuren (z.B. aus den Bereichen Sport, Musik, Gesundheit, Psychologie etc.) kann dabei für mehr Bildungsgerechtigkeit und eine individuelle und ganzheitliche Förderung insbesondere unterstützungsbedürftiger Kinder und Familien sorgen.

Erwachsenenbildung und „lebenslanges Lernen“

Wenngleich in unserem föderal strukturierten Gemeinwesen die Verantwortung für die Bildungspolitik auf der Ebene der Länder liegt, so werden dennoch die Leittrends in diesem Politikfeld in der Bundespolitik diskutiert und entwickelt. So äußern wir uns im Rahmen dieser Wahlprüfsteine auch zu dem Themenbereich des „Lebenslangen Lernens“. Bildung, und dabei gerade auch Erwachsenenbildung / Weiterbildung, ist eine der entscheidenden gesellschaftspolitischen Fragen des 21. Jahrhunderts. Eine Erwachsenenbildung, wie sie von Trägern der Katholischen Kirche verstanden wird, hat ihre spezifische Aufgabe darin, den Menschen in allen seinen Lebenszusammenhängen Gestaltungsmöglichkeiten und Orientierungshilfe anzubieten. In diesem Zusammenhang halten wir fest: Die Herausforderungen des Arbeitsmarktes dürfen nicht dazu führen, dass Erwachsenenbildung auf Qualifikationsanpassung reduziert wird. Erwachsenenbildung muss vielmehr auch Räume für die Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen zu eröffnen. Die

Träger brauchen ein Mindestmaß an struktureller Kontinuität und Absicherung um Qualität, Professionalität und Kundennähe für eine werteorientierte Bildungsarbeit zu ermöglichen. Projekt- und Angebotsförderung sowie private Mitverantwortung sind daher Ergänzungen notwendiger Strukturen, können diese aber nicht ersetzen. Erwachsenenbildung muss daher öffentliche Aufgabe bleiben. Wir fordern daher ein verstärktes Engagement von Bund, Ländern und Kommunen in der (Regel-) Förderung der Erwachsenenbildung.

Wie stehen Sie zu Tendenzen, die öffentliche Förderung Erwachsenenbildung auf Arbeitsmarkterfordernisse zu beschränken? Was werden Sie dafür tun, dass die öffentliche Verantwortung für einen Erhalt und die Stärkung der Strukturen der Erwachsenenbildung unter Berücksichtigung des spezifischen Beitrags der freien Träger erhalten bleibt?

Migration und Integration

Unter Integration verstehen wir wechselseitige und vielschichtige Prozesse, die sich in der Gesellschaft und zwischen ihren einzelnen Angehörigen abspielen und sie verändern. Jeder Beteiligte akzeptiert, zu einem Teil des Ganzen zu werden und verpflichtet sich dazu, die Würde und Integrität des anderen zu respektieren. Bei der Integration geht es nicht darum, Menschen in etwas Bestehendes und Statisches einzugliedern oder sie daran anzugleichen. Es geht vielmehr darum, Teilhabechancen zu gewährleisten und die Gesellschaft gemeinsam zu gestalten.

Integrationsprozesse finden in unterschiedlichen Lebensbereichen statt und hängen von gesellschaftlichen Bedingungen sowie vorherrschenden Handlungs- und Denkmustern ab. Dies fordert von den jeweiligen Akteuren unterschiedliche Anstrengungen. Für Einzelne – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – kann das bedeuten, Einstellungen und Verhalten an geänderte Rahmenbedingungen anpassen zu müssen. Für Institutionen bedeutet es, sich zu öffnen und Zugangshindernisse zu beseitigen.

Ziel von Integration ist, den Einwohner(inne)n Deutschlands eine umfassende selbst bestimmte wirtschaftliche, soziale, kulturelle, rechtliche und politische Teilhabe zu ermöglichen. Wichtige Merkmale gelungener Integration sind gegenseitige Anerkennung sowie Partizipation, Gleichberechtigung und Chancengleichheit.

Welche Handlungsfelder halten Sie für besonders wichtig und in welchen Bereichen sehen Sie Verbesserungsbedarf?

Mit dem Zuwanderungsgesetz sollten Kettenduldungen abgeschafft werden. In der Praxis zeigt sich, dass dieses Ziel trotz gesetzlicher Bleiberechtsregelung nicht annähernd erreicht wird. Welche Zugangsvoraussetzungen für ein unbefristetes gesetzliches Bleiberecht in Deutschland müssen aus Ihrer Sicht erfüllt werden auch unter Berücksichtigung der besonderen Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge?

Fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische und islamophobe Orientierungen reichen nach unserer Wahrnehmung bis weit in die politische und gesellschaftliche Mitte. Was planen Sie in der kommenden Legislatur zur Förderung von Demokratiefähigkeit und für mehr Transparenz politischer Entscheidungen zu tun?

Leben mit Behinderung

Mit der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention unterstrich Deutschland die Vielfalt menschlichen Lebens und für die Behindertenpolitik: den Weg von der Fürsorge hin zur echten, selbstbestimmten und diskriminierungsfreien Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Gemeindeorientierung und Ressourcenorientierung sind fachliche Leitziele für die Teilhabe und Teilgabe vor Ort. In den Gemeinden und sozialen Räumen ist deshalb ein Zusammenwirken gefragt, um das Recht auf Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einzulösen. Zur Schaffung von Wahlfreiheiten und neuer Teilhabemöglichkeiten sind das soziale Engagement von Bürger/innen mit und ohne Behinderung, von Freiwilligen und Professionellen, von kommunalen und sozialen Organisationen notwendig. Möglichkeiten zur Lageverbesserung sind der Ausbau einer nachfrageorientierten Entwicklung sozialräumlicher Angebote (auch auf dem Land) und die Förderung des Persönlichen Budgets.

Was können Sie tun, Menschen mit Behinderung selbstbestimmte Teilhabe in den Bereichen schulischer Bildung, Ausbildung, Arbeiten und Wohnen zu ermöglichen, sodass „alle inklusive“ werden?

Leben im Alter und mit Krankheit

Der demographische Wandel verändert unsere Städte und Dörfer. Immer mehr ältere Menschen leben alleine. Leben diese in so genannten ländlichen Regionen kommt häufig Immobilität hinzu. Durch zurückgehende Nahverkehrsverbindungen kommen sie nicht mehr zum Arzt, zur Apotheke und können auch nicht an kulturellen Angeboten teilnehmen.

Welche Ideen haben Sie, Wohnen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit lebenswert und bezahlbar zu gestalten?

Ehrenamtliche Besuchsdienste kümmern sich besonders um alte Menschen in Altenheimen und um Kranke zu Hause. Die seelische Belastung der Pflegenden, ob Fachkräfte oder Angehörige, ist oft sehr groß. Die Finanzierung der Pflege bringt viele an den Rand der Möglichkeiten.

Im Krankheitsfall darf die Behandlung nicht davon abhängen, ob ich arm oder reich bin.

Welche Konzepte haben Sie, um dies auch langfristig zu gewährleisten?

Ehrenamt

Trotz eines gut ausgebauten Netzes von sozialen Sicherungssystemen und einer Vielzahl von professionellen Hilfeangeboten ist der Wert der personellen Zuwendung zum Mitmenschen in Not immer deutlicher in gesellschaftliche und politische Bewusstsein gerückt. Individualisierungstendenzen oder Politikverdrossenheit haben nicht, wie befürchtet, zu einer Abkehr von Gemeinschaftsorientierungen und mitmenschlicher Solidarität geführt. Die Ergebnisse des Freiwilligensurvey 2004 zeigten deutlich eine Zunahme der Bereitschaft zum ehrenamtlichen / bürgerschaftlichen Engagement. Dennoch schätzt die Bundesfamilienministerin ein, dass noch ein hohes nicht ausgeschöpftes Engagementpotential existiert, das genutzt und aktiviert werden sollte.

Mehr als 5.000 Ehrenamtliche engagieren sich in der Caritas im Bistum Magdeburg. Sie setzen sich freiwillig und unentgeltlich ein und leisten so mehrere tausend Stunden im Jahr für das Gemeinwohl.

Die 2007 erweiterten steuerlichen Vergünstigungen für Ehrenamtliche können nur diejenigen geltend machen, die für ihr Engagement eine Übungsleiterpauschale oder andere Aufwandsentschädigungen erhalten haben. Welche steuerlichen Vergünstigungen für Ehrenamtliche, deren Einsatz nicht entlohnt wird, unterstützen Sie?

Welche weiteren Vergünstigungen und Anerkennungen für Ehrenamtliche werden von Ihnen gefördert (z.B. Ehrenamtskarte, Rentenpunkte)?

Laut Freiwilligensurvey 2004 ist die Engagementbereitschaft in der Altersgruppe der 56- bis 75-jährigen besonders hoch und nimmt derzeit besonders deutlich zu, während bei jüngeren Menschen eher von einer Stagnation gesprochen werden kann. Welche konkreten politischen Rahmenbedingungen benötigt die konstruktive Nutzung dieses vorhandenen Potentials aus Ihrer Sicht – einmal zur Aktivierung der Ressourcen, aber auch zur Verhinderung von Spannungen zwischen den Generationen?